



Niederschrift

über die 49. Sitzung
des Rates der Stadt Lippstadt
am 03.05.2004

Sitzungsraum:	Rathaussaal, Lange Straße 14
Beginn:	17:30 Uhr
Ende:	21:30 Uhr

Anwesend waren:

Bürgermeister

1 Wolfgang Schwade

CDU-Fraktion

2 Hannelore Bartmann-Salmen	CDU-Fraktion
3 Bernd Bartscher	CDU-Fraktion
4 Wilhelm Börskens	CDU-Fraktion
5 Reinhold Brinkhaus	CDU-Fraktion
6 Hartmut Brülle	CDU-Fraktion
7 Peter Cosack	CDU-Fraktion
8 Manfred Durben	CDU-Fraktion
9 Josef Franz	CDU-Fraktion
10 Klaus Fürstenberg	CDU-Fraktion
11 Wilhelm Gösling	CDU-Fraktion
12 Jan Walter Hammer	CDU-Fraktion
13 Dr. Bernd-Dieter Hanel	CDU-Fraktion
14 Hubertus Hecht	CDU-Fraktion
15 Bernhard Hollenhorst	CDU-Fraktion
16 Friedrich Wilhelm Hülsemann	CDU-Fraktion
17 Franz Klocke	CDU-Fraktion
18 Friedhelm Lahme	CDU-Fraktion
19 Klaus Laufkötter	CDU-Fraktion
20 Wilbert Luig	CDU-Fraktion
21 Siegfried Pfenninger	CDU-Fraktion
22 Karl Rohe	CDU-Fraktion
23 Ralf Sommer	CDU-Fraktion
24 Hans Werner Thomann	CDU-Fraktion
25 Werner Timmermann	CDU-Fraktion
26 Margret Vossebürger	CDU-Fraktion

SPD-Fraktion

27 Gudrun Beschorner	SPD-Fraktion
28 Otto Brand	SPD-Fraktion
29 Karl-Heinz Brülle	SPD-Fraktion
30 Dieter Deimel	SPD-Fraktion
31 Herbert Heiermeier	SPD-Fraktion
32 Hans-Joachim Kayser	SPD-Fraktion
33 Ute Leweling	SPD-Fraktion
34 Antonius Matthias	SPD-Fraktion
35 Christian Nernheim	SPD-Fraktion
36 Sabine Pfeffer	SPD-Fraktion

37 Manuel Rodriguez Cameselle	SPD-Fraktion
38 Wolfgang Schulte Steinberg	SPD-Fraktion
39 Martin Schulz	SPD-Fraktion
40 Udo Strathaus	SPD-Fraktion
41 Hans Zaremba	SPD-Fraktion
FDP-Fraktion	
42 Edgar Beumer	FDP-Fraktion
43 Wilhelm Glarmin	FDP-Fraktion
44 Dr. Forusan Madjlessi	FDP-Fraktion
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	
45 Michael Bruns	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
46 Ursula Jasperneite-Bröckelmann	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
47 Gisela Pollok	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
BG-Fraktion	
48 Theodor Kremer	BG-Fraktion
49 Hans-Dieter Marche	
Entschuldigt	
50 Klaus Helfmeier	SPD-Fraktion
51 Marlies Stotz	SPD-Fraktion

Verwaltung I. Beig. Lücke Beig. + StK Strotmeier FBL Vollmer FBL Meschede FBL Horstmann Presseref. Paschert StA Rubart	Schriftführerin
--	-----------------

In öffentlicher Sitzung

Der Bürgermeister eröffnete den öffentlichen Teil der Sitzung und hieß neben den Ratsmitgliedern insbesondere die zahlreich erschienenen Zuhörer und Zuhörerinnen sowie die Vertreter der Presse willkommen. Sodann stellte er fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung eingeladen wurde und gab eine Erweiterung der Tagesordnung im öffentlichen Sitzungsteil um zwei Fraktionsanfragen bekannt.

1. Fragestunde für Einwohner

Es wurden keine Fragen gestellt.

2. Erlass der Haushaltssatzung der Stadt Lippstadt für das Haushaltsjahr 2004 Vorlage Nr. 137/2004

Nachdem die Vorsitzenden der im Rat vertretenden Fraktionen, Herr Börskens, Herr Kayser, Herr Dr. Madjlessi, Frau Jasperneite-Bröckelmann und Herr Marche in ihren Ansprachen zum Erlass der Haushaltssatzung der Stadt Lippstadt für das Haushaltsjahr 2004 Stellung zu den ihrer Meinung nach relevanten Einflußgrößen auf die kommunalen Finanzen im Allgemeinen und den städtischen Haushalt im Besonderen Stellung genommen hatten, erfolgten die Diskussion sowie die Abstimmungen über die einzelnen Veränderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf sowie die von der

Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen des Haushaltskonsolidierungsprogrammes. (Die Ansprachen sind der Niederschrift als Anlage beigelegt; es gilt das gesprochene Wort.)

Im Rahmen der Abstimmung wurde zuerst über die Maßnahmen des Haushaltssicherungsprogrammes entschieden, sodann erfolgte die Abstimmung über Änderungsanträge zur Haushaltssatzung, die in der Reihenfolge der Fraktionsstärke behandelt wurden. Anträge, die von allen oder mehreren Fraktionen eingebracht wurden, wurden soweit möglich zusammengefasst. Eine Abstimmung über die Änderungsanträge erfolgte nur, soweit diese jeweils weitergehend waren, d. h. einen höheren Einsparungseffekt mit sich brachten. (Die angenommenen Anträge sind zur besseren Verdeutlichung kursiv gedruckt und zentriert.)

Haushaltskonsolidierungsprogramm:

Maßnahme-Nr.:1

Haushaltsstelle: 1.000.4002.6

Maßnahme: Zusammenlegung von Schul-, Kultur- und Sportausschuss sowie von Planungs- und Umweltausschuss mit dem Bau- und Verkehrsausschuss

Es lagen Anträge der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, auf die Zusammenlegung zu verzichten. Im Verlauf der Sitzung beantragte Herr Dr. Madjlessi, über die Zusammenlegungen getrennt abzustimmen. Gegen diesen Antrag wurde keine Gegenrede erhoben. Die getrennten Abstimmungen brachten folgende Ergebnisse:

Zusammenlegung von Schul-, Kultur- und Sportausschuss

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Zusammenlegung von Planungs- und Umweltausschuss mit dem Bau- und Verkehrsausschuss

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Maßnahme-Nr.: 2

Haushaltsstelle: 1.000.4002.6

Maßnahme: Verkleinerung des Ausländerbeirates von 17 auf 13 Mitglieder

Es lag ein Antrag der SPD-Fraktion auf Ablehnung der Maßnahme vor.

Verkleinerung des Ausländerbeirates von 17 auf 13 Mitglieder

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Maßnahme-Nr.: 3

Haushaltsstelle: 1.000.7170.3

Maßnahme: Zusammenfassung des Zuschusses zur Förderung der Ausländerarbeit mit den Mitteln der Haushaltsstelle 1.400.6200.6 'Tag des ausländischen Mitbürgers' und Festlegung auf 3.300 Euro insgesamt.

Der Antrag der SPD-Fraktion sah für 2004 den Erhalt eines Ansatzes von 8.300 Euro (*Haushaltsansatz 2003 insgesamt: 8.100 Euro, Ansatz nach Haushaltsplanentwurf 2004 insgesamt: 6.600 Euro*) und ab 2005 eine Reduzierung auf 5.000 Euro vor.

Zusammenfassung des Zuschusses zur Förderung der Ausländerarbeit mit den Mitteln der Haushaltsstelle 1.400.6200.6 'Tag des ausländischen Mitbürgers' und Festlegung auf 3.300 Euro insgesamt.

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Maßnahme-Nr.: 4

Haushaltsstelle: 1.009.6690.5

Maßnahme: Kürzung der pauschalen Auslagensätze der Fraktionen um 10% nach der Kommunalwahl

Die SPD-Fraktion beantragte eine Kürzung um maximal 5 %, während die BG-Fraktion den Antrag stellte, die 10-ige Kürzung bereits für das laufende Haushaltsjahr anzuwenden. Da dieses der weitestgehende Antrag war, ließ Herr Schwade über diesen zuerst abstimmen:

Kürzung der pauschalen Auslagensätze der Fraktionen um 10 % ab dem laufenden Haushaltsjahr 2004 bereits vor der Kommunalwahl

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Kürzung der pauschalen Auslagensätze der Fraktionen um 10% nach der Kommunalwahl

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Maßnahme-Nr.: 5

Haushaltsstelle: 1.210.4162.6

Maßnahme: Einsparung bei den Personalkosten für Integrationsklassen durch Zuwendungen Dritter zu 2/3 und Beteiligung von Schule, Förderverein und Eltern zu 1/3.

Hier lag ein gleichlautender Antrag von CDU- und BG-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, nach dem die Kosteneinsparung aufgrund des von den Eltern erarbeiteten Konzeptes zur Beschäftigung von Zivildienstleistenden erzielt werden sollte. Seitens der SPD-Fraktion wurde beantragt, die Konsolidierungsmaßnahme abzulehnen.

***Einsparung bei den Personalkosten für Integrationsklassen durch
Umsetzung des von den Eltern erarbeiteten Konzeptes zur
Beschäftigung von Zivildienstleistenden***

(Einstimmig zugestimmt)

Maßnahme-Nr.: 7

Haushaltsstelle: 1.210.6390.7 u. a.

Maßnahme: Einsparung bei Kosten der Schülerbeförderung durch Anwendung des 'Gütersloher Modells'.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragte, auf die Einführung des 'Gütersloher Modells' zu verzichten.

***Einsparung bei Kosten der Schülerbeförderung
durch Anwendung des 'Gütersloher Modells'.***

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Maßnahme-Nr.: 8

Haushaltsstelle: 1.215.4162.9

Maßnahme: Einsparung bei den Personalkosten für Integrationsklassen durch Zuwendungen Dritter zu 2/3 und Beteiligung von Schule, Förderverein und Eltern zu 1/3.

Hier lag ein gleichlautender Antrag von CDU- und BG-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, nach dem die Kosteneinsparung aufgrund des von den Eltern erarbeiteten Konzeptes zur Beschäftigung von Zivildienstleistenden erzielt werden sollte. Seitens der SPD-Fraktion wurde beantragt, die Konsolidierungsmaßnahme abzulehnen.

***Einsparung bei den Personalkosten für Integrationsklassen
durch Umsetzung des von den Eltern erarbeiteten Konzeptes
zur Beschäftigung von Zivildienstleistenden***

(Einstimmig zugestimmt)

Maßnahme-Nr.: 11

Haushaltsstelle: 1.300.1400.3

Maßnahme: Erhebung einer anteiligen Miete von der Fernuniversität für die Raumnutzung

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lautete auf Verschiebung der Maßnahme.

***Erhebung einer anteiligen Miete von der
Fernuniversität für die Raumnutzung***

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Maßnahme-Nr.: 18

Maßnahme: Prüfung der Organisation der Musikschule mit dem Ziel, Lehrkräfte nur noch auf Honorarbasis zu engagieren

Die SPD-Fraktion beantragte, die Einschränkung "nur noch" zu streichen.

Prüfung der Organisation der Musikschule mit dem Ziel, Lehrkräfte auf Honorarbasis zu engagieren

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Prüfung der Organisation der Musikschule mit dem Ziel, Lehrkräfte nur noch auf Honorarbasis zu engagieren

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Maßnahme-Nr.: 20

Haushaltsstelle: 1.341.6200.7

Maßnahme: Streichung des Ansatzes zur Ausschmückung von Straßen mit Weihnachtsbäumen

Zu dieser Maßnahme entwickelte sich eine Diskussion darüber, ob bei der Finanzierung der Weihnachtsbäume durch Sponsoren, die Dorfgemeinschaft oder Einzelpersonen weiterhin gewährleistet sei, dass die Aufstellung durch den Baubetriebshof erfolgt. Nachdem dieses durch Herrn Schwade zugesagt wurde, wurde der Maßnahme zugestimmt.

Streichung des Ansatzes zur Ausschmückung von Straßen mit Weihnachtsbäumen

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Maßnahme-Nr.: 26

Haushaltsstelle: 1.451.5100.7

Maßnahme: Streichung der Haushaltsstelle und Bereitstellung der Mittel für eine kinder- und jugendfreundliche Stadtgestaltung im Rahmen des Gesamtbudgets des Fachbereiches 5

Die BG-Fraktion hatte beantragt, den Ansatz nicht zu streichen.

Streichung der Haushaltsstelle und Bereitstellung der Mittel für eine kinder- und jugendfreundliche Stadtgestaltung im Rahmen des Gesamtbudgets des Fachbereiches 5

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Maßnahme-Nr.: 33

Haushaltsstelle: 1.470.7180.9

Maßnahme: Kürzung des Zuschusses an den Sozialdienst Kath. Frauen für die Personalkosten des Wohnhauses Klusetor 4 um 10 % ab dem Jahr 2005

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen war beantragt worden, auf die Kürzung des Zuschusses zu verzichten.

***Kürzung des Zuschusses an den Sozialdienst Kath. Frauen
für die Personalkosten des Wohnhauses Klusetor 4
um 10 % ab dem Jahr 2005***

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Maßnahme-Nr.: 34

Haushaltsstelle: 1.550.7170.2

Maßnahme: Kürzung der allgemeinen Jugendfördermittel durch Verzicht der Ausschüttung eingenommener Entgelte für Sportanlagenbenutzung

Hier lag bereits ein Votum der interfraktionellen Arbeitsgruppe des Sportausschusses vor, die vorgesehene Kürzung im Jahr 2004 durch Einsparungen in gleicher Höhe bei der Haushaltsstelle 1.550.7174.5 'Zuschüsse für Instandsetzungen vereinseigener Sportanlagen' auszugleichen, welches im Rahmen der Veränderungsblätter zum Haushaltsplan-Entwurf 2004 berücksichtigt wurde. Während die BG-Fraktion beantragte, auf die Konsolidierungsmaßnahme gänzlich zu verzichten, stellten sowohl SPD- als auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag, wie im entsprechenden Veränderungsblatt vorgesehen, zu entscheiden, wobei seitens der SPD der Wunsch bestand, ab 2005 den alten Ansatz beizubehalten.

***Kürzung der allgemeinen Jugendfördermittel durch Verzicht der
Ausschüttung eingenommener Entgelte für Sportanlagenbenutzung
ab dem Haushaltsjahr 2005***

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Maßnahme-Nr.: 35

Haushaltsstelle: 1.610.6563.3

Maßnahme: Verzicht auf die Veröffentlichung von Bekanntmachungen

Seitens der SPD-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde beantragt, auf diese Maßnahme zu verzichten.

Verzicht auf die Veröffentlichung von Bekanntmachungen

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Maßnahme-Nr.: 36

Haushaltsstelle: 1.630.1100.0

Maßnahme: Anhebung der Sondernutzungsgebühren für Straßencafés und Außenbewirtungen um 10 % ab 2004 und um weitere 10 % ab 2006

Seitens der FDP-Fraktion lag ein Antrag auf Reduzierung des Ansatzes um 2.400 Euro auf 58.500 Euro vor. Es entwickelte sich eine Diskussion, an der sich die Herren Dr. Madjlessi, Lücke, Kayser, Frau Jasperneite-Bröckelmann, Herr Schwade, Herr Kremer und Herr Börskens beteiligten, in der es u. a. darum ging, ob für alle Bereiche der Innenstadt die gleichen Gebührensätze gelten, und in deren Verlauf Frau Jasperneite-Bröckelmann, Herr Dr. Madjlessi und Herr Kayser beantragten, die Entscheidung über die Maßnahme zu vertagen und im Fachausschuss zu beschließen. Herr Schwade schlug vor, die Angelegenheit im Grundsatz und mit dem vorgesehenen Konsolidierungseffekt zu beschließen, allerdings für die genaue Festlegung der Gebührensätze in den verschiedenen Bereichen der Innenstadt eine Staffelung vorzusehen. Herr Kremer beantragte eine Beschlussfassung wie im Konsolidierungsprogramm vorgesehen, während Herr Börskens den Antrag stellte, über den Vorschlag von Herrn Schwade abzustimmen.

Da dieser Vorschlag hinsichtlich des Konsolidierungseffekt gleichwertig, aufgrund der differenzierten Gebührensätze weitergehend war, wurde hierüber zuerst abgestimmt.

Anhebung der Sondernutzungsgebühren für Straßencafés und Außenbewirtungen um 10 % ab 2004 und um weitere 10 % ab 2006 bei gleichzeitiger Staffelung der Gebühren nach unterschiedlichen Bereichen in der Innenstadt

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Maßnahme-Nr.: 37

Haushaltsstelle: 1.630.7170.3

Maßnahme: Streichung des Zuschusses in Höhe der zu zahlenden Sondernutzungsgebühren an die Stadtmarketing Lippstadt GmbH & Co. KG

(Herr Cosack nahm während der Beratung und Abstimmung über diese Maßnahme in dem für die Zuhörer vorgesehenen Teil des Sitzungssaales Platz. Er nahm an Beratung und Abstimmung nicht teil.)

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie Herr Dr. Madjlessi beantragten, über diese Maßnahme vorerst nicht abzustimmen und die Beratung zurückzustellen.

Streichung des Zuschusses in Höhe der zu zahlenden Sondernutzungsgebühren an die Stadtmarketing Lippstadt GmbH & Co. KG

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Maßnahme-Nr.: 40

Haushaltsstelle: 1.690.5100.3

Maßnahme: Reduzierung der Kosten der Gewässerunterhaltung durch naturnahe Entwicklung der Gewässer

Seitens der SPD-Fraktion sowie durch Herrn Hammer wurde beantragt, diese Maßnahme zurückzustellen.

***Reduzierung der Kosten der Gewässerunterhaltung
durch naturnahe Entwicklung der Gewässer***

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Maßnahme-Nr.: 43

Haushaltsstelle: 1.750.1100.5

Maßnahme: Erhöhung der Einnahmen bei den Friedhofsgebühren durch Reduzierung des Eigenanteiles der Stadt an den Kosten der Rahmenanlage um 5 % pro Jahr auf insgesamt 25 %.

Da die Reduzierung des städtischen Anteiles um 5 % für das Jahr 2004 bereits in der Ratssitzung vom 15.12.2003 beschlossen worden war, ergab sich lediglich eine Abstimmung für den Zeitraum 2005 – 2007. Seitens der FDP-Fraktion wurde beantragt, auf die Maßnahme zu verzichten.

***Erhöhung der Einnahmen bei den Friedhofsgebühren durch
Reduzierung des Eigenanteiles der Stadt an den Kosten der
Rahmenanlage um 5 % pro Jahr auf insgesamt 25 %.***

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Maßnahme-Nr.: 45

Haushaltsstelle: 1.760.7178.8

Maßnahme: Veräußerung der Bürgerzentren zum symbolischen Preis bei gleichzeitiger Reduzierung der Zuschüsse um jeweils 25 % pro Jahr.

Herr Börskens stellte den Antrag zur Geschäftsordnung, über den Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion abzustimmen, der eine Kürzung der laufenden Unterhaltungskosten um 25 %, Verhandlungen über weitergehende Reduzierungen mit den Trägern sowie einen Verzicht auf die Veräußerung der Zentren vorsah. Seitens der BG-Fraktion wurde beantragt, auf die Maßnahme komplett zu verzichten. Der SPD-Antrag sah ebenfalls einen Verzicht auf die Maßnahme, allerdings mit Ausnahme des Heimathauses Mettinghausen und der Schützenhalle Eickelborn vor. Frau Jasperneite-Bröckelmann stellte den Antrag zur Geschäftsordnung, die Angelegenheit vorerst zu vertagen. Diesem Geschäftsordnungsantrag wurde nicht zugestimmt.

Sodann wurde über den Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt.

**Reduzierung der Zuschüsse an die Bürgerzentren um 25 %
sowie Aufnahme von Verhandlungen mit den Trägern zur
einvernehmlichen weiteren Reduzierung der Zuschüsse**

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Maßnahme-Nr.: 49

Haushaltsstelle: 1.792.7154.0

Maßnahme: Einstellung der Bezuschussung für das Anruf-Sammeltaxi-Konzept
(AST) ab 2005

Zu dieser Maßnahme lagen Anträge der CDU-, der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der BG-Fraktion vor. Die SPD-Fraktion beantragte einen Verzicht auf die Maßnahme, während nach dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/die Grünen keine wesentlichen Einschränkungen beim AST vorgenommen werden sollten. Die BG-Fraktion beantragte die Prüfung einer 15-%igen Mittelkürzung ab dem Jahre 2005. Die CDU-Fraktion beantragte, den städtischen Zuschuss ab 2005 auf maximal 30.000 € zu kürzen und die Verwaltung zu beauftragen, ein entsprechendes Konzept zu entwickeln. Frau Jasperneite-Bröckelmann beantragte, die Entscheidung über diese Maßnahme vorerst zu vertagen. Diesem Geschäftsordnungsantrag wurde mehrheitlich nicht stattgegeben. Da der Abänderungsantrag der CDU den höchsten Einspareffekt vorsah, wurde über diesen Antrag abgestimmt.

**Reduzierung des städt. Zuschusses für das
Anruf-Sammeltaxi-Konzept (AST) ab 2005 auf max. 30.000 €
und Beauftragung der Verwaltung zur Erarbeitung
eines entsprechendes Konzeptes**

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Maßnahme-Nr.: 52

Haushaltsstelle: 1.860.5100.9

Maßnahme: Beendigung der Vereinbarung zur Kurparkpflege

Hier stellte Frau Jasperneite-Bröckelmann den Antrag zur Geschäftsordnung, die Beschlussfassung über diese Maßnahme zu vertagen. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Beendigung der Vereinbarung zur Kurparkpflege

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Maßnahme-Nr.: 57

Haushaltsstelle: SN 1

Maßnahme: Einsparungen bei den persönlichen Ausgaben aufgrund des
vorgelegten Personalentwicklungskonzeptes

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragte, die einzelnen Maßnahmen erst nach Ratsbeschluss umzusetzen. Seitens der FDP-Fraktion war beantragt worden, die Gesamtsumme des SN 1 um 1 % zu kürzen, die Vorgaben aus dem Prüfraster des Innenministeriums für ein Haushaltssicherungskonzept umzusetzen und Ausnahmen nur mit Zustimmung des Haupt- und Finanzausschusses zuzulassen.

Kürzung der persönlichen Ausgaben des SN 1 um 1 %, Umsetzung der Vorgaben aus dem Prüfraster des Innenministeriums für ein Haushaltssicherungskonzept und Zustimmung zu Ausnahmen nur nach Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Einsparungen bei den persönlichen Ausgaben aufgrund des vorgelegten Personalentwicklungskonzeptes

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Maßnahme-Nr.: 59

Haushaltsstelle: SN 1

Maßnahme: Aufgabe der Verwaltungsnebenstelle in Eickelborn

Hier lag ein Antrag der CDU-Fraktion auf Reduzierung der Öffnungszeiten auf einmal monatlich 3 Stunden vor. Da der Vorschlag des Konsolidierungsprogrammes den höheren Einspareffekt aufwies, wurde über diesen zuerst abgestimmt.

Aufgabe der Verwaltungsnebenstelle in Eickelborn

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Verringerung der Personalkosten für die Verwaltungsnebenstelle Eickelborn durch Reduzierung der Öffnungszeiten auf 3 Stunden monatlich.

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Maßnahme-Nr.: 60

Haushaltsstelle: 5.000.5010.1

Maßnahme: Verzicht auf Sanierung des Lehrschwimmbeckens Dedinghausen und Aufrechterhaltung des Betriebes nur, solange ohne weitere Investitionen möglich

Hier wurde seitens der FDP-Fraktion die Bereitstellung von Mitteln für eine kostengünstige Sanierung beantragt. Der Antrag der SPD-Fraktion sah die Sanierung des Schwimmbades bis zu einem Betrag von 150.000 € vor sowie die Übertragung der Betriebsführung an die Stadtwerke vor.

Sanierung des Lehrschwimmbeckens Dedinghausen bis zu einem Kostenvolumen von 150.000 € sowie Übertragung der Betriebsführung an die Stadtwerke

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Zu dieser Maßnahme lag bereits ein Votum des Sportausschusses vom 09.03.2004 mit redaktioneller Änderung vor. Hierüber wurde sodann abgestimmt.

Der Betrieb des Lehrschwimbeckens bleibt zunächst solange aufrechterhalten, wie er ohne weitere Investition erfolgen kann (Sanierungsaufwand 310.000 €). Sollte sich ein unabweisbarer Investitionsaufwand ergeben, so ist über die erforderlich werdende Investition vor dem Hintergrund der dann bestehenden finanziellen Gesamtsituation zu entscheiden.

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Maßnahme-Nr.: 62

Haushaltsstelle: 5.000.6530.3

Maßnahme: Verzicht auf die Veröffentlichung von Bekanntmachungen

Seitens der SPD-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde beantragt, auf diese Maßnahme zu verzichten.

Verzicht auf die Veröffentlichung von Bekanntmachungen

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Maßnahme-Nr.: 101

Haushaltsstelle: 1.630.3510.3

Maßnahme: Erhöhung der Anteilssätze für Erschließungsbeiträge um die Hälfte

Seitens der FDP-Fraktion wurde beantragt, auf die Erhöhung zu verzichten.

Erhöhung der Anteilssätze für Erschließungsbeiträge um die Hälfte

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Maßnahme-Nr.: 103

Haushaltsstelle: 1.630.9522.0

Maßnahme: Gesamtverzicht auf den Ansatz zur baulichen Verbesserung vorhandener Radwege, stattdessen einzelne Veranschlagung zukünftiger Maßnahmen

Seitens der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde beantragt, auf die Streichung der Mittel zu verzichten; die BG-Fraktion beantragte die Bereitstellung von 50 % des bisherigen Ansatzes.

Gesamtverzicht auf den Ansatz zur baulichen Verbesserung vorhandener Radwege, stattdessen einzelne Veranschlagung zukünftiger Maßnahmen

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Maßnahme-Nr.: 105

Haushaltsstelle: 1.670.9500.3

Maßnahme: Verzicht auf den bisherigen Ansatz und zukünftige Einzelveranschlagung vorgesehener Maßnahmen

Seitens der SPD-Fraktion wurde beantragt, auf die Streichung zu verzichten.

Verzicht auf den bisherigen Ansatz und zukünftige Einzelveranschlagung vorgesehener Maßnahmen

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Maßnahme-Nr.: 106

Haushaltsstelle: 1.680.3500.4

Maßnahme: Anhebung der Ablösebeträge für Einstellplätze auf 80 % der durchschnittlichen Herstellkosten

Von der FDP-Fraktion lag ein Antrag vor, die vereinnahmten Mittel mit einer Zweckbindung ausschließlich für Herstellungskosten von zusätzlichen Parkeinrichtungen zu versehen. Nach einer kurzen Aussprache, an der sich Herr Strotmeier, Herr Dr. Madjlessi sowie Frau Jasperneite-Bröckelmann beteiligten, wurde dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Anhebung der Ablösebeträge für Einstellplätze auf 80 % der durchschnittlichen Herstellkosten

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Maßnahme-Nr.: 108

Haushaltsstelle: 1. 880.3400.4

Maßnahme: Veräußerung von allgemeinem Grundvermögen bei Veranschlagung von 2/3 des geschätzten Gesamt-Einnahmepotentiales

Seitens der SPD-Fraktion lag ein Antrag vor, die Grundstücksveräußerungen als Einzelfallentscheidungen zu behandeln.

Veräußerung von allgemeinem Grundvermögen bei Veranschlagung von 2/3 des geschätzten Gesamt-Einnahmepotentiales

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Im Anschluss an die Einzelmaßnahmen, für die Änderungsanträge vorlagen, wurde über die verbleibenden Maßnahmen en bloc abgestimmt. Dem Haushaltskonsolidierungsprogramm 2004 – 2007 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Im Überblick ergeben sich folgende finanzielle Änderungen:

Verwaltungshaushalt:

	2004	2005	2006	2007	insgesamt
Ausgangsbasis	1.842.810	2.316.623	2.724.179	2.881.720	9.765.332
Nr. 1	0	-5.000	-5.000	-5.000	-15.000
Nr. 34	-12.500	0	0	0	-12.500
Nr. 49	0	-30.000	-30.000	-30.000	-90.000
Nr. 59	-900	-1.800	-1.800	-1.800	-6.300
	1.829.410	2.279.823	2.687.379	2.844.920	9.641.532

Vermögenshaushalt: Beträge unverändert

(Das Konsolidierungsprogramm wird aufgrund der gefassten Beschlüsse hinsichtlich finanzieller und redaktioneller Änderungen komplett überarbeitet und den Ratsmitgliedern zugeleitet.)

Haushaltsplanentwurf 2004:

Anträge der CDU-Fraktion:

Haushaltsstelle: 1.760.9872.4 Zuschüsse an die Träger von Bürgerzentren in Dedinghausen, Rixbeck, Bökenförde und Overhagen für bauliche Maßnahmen

Bereitstellung von

- 6.000 € als Zuschuss an den Bürgerring Dedinghausen
- 6.000 € als Zuschuss an den Bürgerring Rixbeck
- 22.000 € als Zuschuss an den Kulturring Bökenförde

Herr Kayser beantragte, zusätzlich zu den von der CDU-Fraktion aufgeführten Maßnahmen auch

- 10.000 € als Zuschuss an den Bürgerring Overhagen

bereitzustellen.

Es entwickelte sich eine Diskussion, an der sich die Herren Horstmann, Heiermeier, Kremer, Börskens, Schwade und Kayser beteiligten, und in deren Verlauf Herr Kremer eine Einzelabstimmung über die einzelnen Maßnahmen beantragte.

Bereitstellung von

6.000 € als Zuschuss an den Bürgerring Dedinghausen

(Einstimmig zugestimmt)

6.000 € als Zuschuss an den Bürgerring Rixbeck

(Einstimmig zugestimmt)

22.000 € als Zuschuss an den Kulturring Bökenförde

(Einstimmig zugestimmt)

10.000 € als Zuschuss für den Bürgerring Overhagen

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Die Abstimmung über die von der CDU-Fraktion angeführten Deckungsvorschläge brachte folgende Ergebnisse:

Haushaltsstelle: 1.130.9411.7 Umbau und Erweiterung Feuerwehrgerätehaus Esbeck

Reduzierung des Ansatzes von 25.000 € auf 0 €uro

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Haushaltsstelle: 1.772.9352.0 Anschaffung von Fahrzeugen und Fahrzeugzubehör

Reduzierung des Ansatzes um 10.000 € auf 760.000 €

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Haushaltsstelle: 1.5509870.8 Zuschüsse zu Sportbaumaßnahmen

Anbringung eines Sperrvermerkes zur Freigabe durch den Haupt- und Finanzausschuss

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Anträge der SPD-Fraktion:

Haushaltsstelle: 1.061.7130.0 Kostenanteil der KDVZ Iserlohn

Kündigung des Vertrages mit der KDVZ

Zu diesem Antrag entwickelte sich eine Diskussion, an der sich die Herren Vollmer, Schwade, Kayser und Dr. Madjlessi sowie Frau Jasperneite-Bröckelmann beteiligten. Sodann erfolgte die Abstimmung:

Kündigung des Vertrages mit der KDVZ

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Haushaltsstelle: 1.200.9350.9 Anschaffung von Inventar und Lehrmitteln für alle städt. Schulen

(Hier lagen ebenfalls Anträge der FDP-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.)

SPD-Antrag:

Aufstockung des Ansatzes um 37.640 € auf 65.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

FDP-Antrag:

Aufstockung des Ansatzes um 32.640 € auf 60.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Aufstockung des Ansatzes um 22.640 € auf 50.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Haushaltsstelle: 1.630.5100.1 Unterhaltung und Instandsetzung der Straßen, Wege und Brücken

Erhöhung des Ansatzes um 200.000 € auf 600.000 €

(Mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Haushaltsstelle: 1.330.... Beschaffung einer Hilfetechnik für Hörgeschädigte zum Einsatz im Stadttheater

Schaffung eines Ansatzes in Höhe von 5.000 €

Zu diesem Antrag entwickelte sich eine Diskussion, an der sich Frau Bartmann-Salmen, Herr Schulz, Herr Dr. Hanel, Frau Harms, Herr Schwade und Herr Börskens beteiligen. Da keine genauen Angaben über die tatsächlichen Kosten einzelner Komponenten bzw. für die Einrichtung einer Grundausstattung vorlagen, wurde der Vorschlag unterbreitet, seitens der KWL entsprechende Angebote und Informationen einzuholen und diese dann im Fachausschuss vorzustellen und zu beraten. Gegen diesen Vorschlag wurden keine Einwände erhoben; es erfolgte insoweit keine Abstimmung über den Änderungsantrag zum Haushaltsplanentwurf.

Haushaltsstelle: 1.452.7171.1 Förderung von Projekten des Lippstädter Netzwerkes für Ausbildung

Schaffung eines Ansatzes in Höhe von 5.000 €

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

Im Anschluss an die Beratung der Änderungsanträge der SPD-Fraktion äußerte sich Herr Strotmeier zu den von Herrn Kayser in seiner Ansprache zum Haushalt erhobenen Vorwürfen zur falschen Kalkulation der Gewerbesteuer und erläuterte Herrn Kayser die im Entwurf aufgeführten Berechnungsgrundlagen.

Anträge der FDP-Fraktion:

Haushaltsstelle: 1.020.6550.6 Fachberatung bei der Umsetzung der Verwaltungsstrukturreform und andere

Reduzierung des Ansatzes um 12.000 € auf 0 €

Hier lag ebenfalls ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, die Haushaltsstelle mit einem Sperrvermerk zur Freigabe durch den Haupt- und Finanzausschuss zu versehen. Zu dieser Thematik äußerte sich Herr Vollmer und machte im Rahmen seiner Ausführungen den Vorschlag, allenfalls diesem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu folgen und einen entsprechenden Sperrvermerk anzubringen. Gegen diesen Vorschlag erhoben sich keine Einwände.

Anbringung eines Sperrvermerkes zur Freigabe durch den Haupt- und Finanzausschuss

(Einstimmig zugestimmt)

Herr Strotmeier gab dann bekannt, dass aufgrund der beschlossenen Änderungen eine Deckungslücke in Höhe von 9.000 € im Vermögenshaushalt bestehe, die durch eine Erhöhung der Kreditaufnahme ausgeglichen werden müsse. Herr Dr. Madjlessi beantragte, diesen Betrag ebenfalls durch eine weitere Reduzierung des Ansatzes zur Beschaffung von Fahrzeugen auszugleichen. Dieser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Zur Schließung der Deckungslücke im Verwaltungshaushalt aufgrund der bereitgestellten 5.000 € bei Haushaltsstelle 1.452.7171.1 ist eine zusätzliche Rücklagenentnahme erforderlich.

Sodann erfolgte die Abstimmung über den Gesamthaushalt. Diesem wurde mehrheitlich zugestimmt.

Unter Berücksichtigung der Veränderungsliste und der gefassten Beschlüsse ergeben sich folgende Veränderungen gegenüber dem Haushaltsplan-Entwurf:

V e r w a l t u n g s h a u s h a l t

Einnahmen:

Gesamtsumme lt. Entwurf:	127.075.092 €
Summe Veränderungsblätter:	+ 93.600 €
Zwischensumme:	127.168.692 €
1.910.2801.5 Zuführung vom Vermögenshaushalt	+ 5.000 €
Insgesamt:	127.173.692 €

Ausgaben:

Gesamtsumme lt. Entwurf: 127.075.092 €
Summe Veränderungsblätter: + 93.600 €

Zwischensumme: 127.168.692 €

1.452.7171.1 Förderung von Projekten des Lippstädter
Netzwerkes für Ausbildung + 5.000 €

Insgesamt: 127.173.692 €

V e r m ö g e n s h a u s h a l t

Einnahmen:

Gesamtsumme lt. Entwurf: 20.742.069 €
Summe Veränderungsblätter: + 1.591.102 €

Zwischensumme: 22.333.171 €

1.910.3770.7 Darlehen – private Unternehmen + 9.000 €

1.910.3100.8 Entnahme aus der Rücklage + 5.000 €

Insgesamt: 22.347.171 €

Ausgaben:

Gesamtsumme lt. Entwurf: 20.742.069 €
Summe Veränderungsblätter: + 1.591.102 €

Zwischensumme: 22.333.171 €

1.760.9872.4 Zuschüsse an die Bürgerzentren von
Dedinghausen, Rixbeck, Bökenförde
und Overhagen für bauliche Maßnahmen + 44.000 €

1.130.9411.7 Umbau und Erweiterung Feuerwehrgerätehaus
Esbeck ./ 25.000 €

1.772.9352.0 Anschaffung von Fahrzeugen und
Fahrzeugzubehör ./ 10.000 €

1.910.9001.2 Zuführung an den Verwaltungshaushalt + 5.000 €

Insgesamt: 22.347.171 €

Sodann beschloss der Rat unter Bezugnahme auf die Vorlage:

1. Der Rat beschließt folgende Haushaltssatzung 2004 nebst Haushaltsplan, Stellenplan und Investitionsprogramm sowie das Haushaltskonsolidierungsprogramm 2004 bis 2007
2. Die der Originalniederschrift als Anlage beigefügten Veränderungsblätter zum Haushaltsplanentwurf 2004 werden beschlossen.

HAUSHALTSSATZUNG
der Stadt Lippstadt für das Haushaltsjahr 2004

Aufgrund der §§ 77 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW. S. 666 / SGV. NW. 2023) hat der Rat der Stadt Lippstadt mit Beschluß vom 03. Mai 2004 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2004, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich eingehenden Einnahmen, zu leistenden Ausgaben und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Verwaltungshaushalt

in der Einnahme auf	127.173.692 €
in der Ausgabe auf	127.173.692 €

im Vermögenshaushalt

in der Einnahme auf	22.347.171 €
in der Ausgabe auf	22.347.171 €

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2004 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) erforderlich ist, wird auf 4.223.824 € festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 11.267.219 € festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2004 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 15.000.000 € festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2004 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	192 v.H.
1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	381 v.H.

2. Gewerbesteuer	403 v.H.
------------------	----------

§ 6

entfällt

§ 7

Soweit im Stellenplan der Vermerk "künftig umzuwandeln" (ku) angebracht ist, sind freiwerdende Stellen dieser Besoldungsgruppe in Stellen der angegebenen niedrigeren Besoldungsgruppe umzuwandeln.

Soweit im Stellenplan der Vermerk "künftig wegfallend" (kw) angebracht ist, dürfen freiwerdende Stellen dieser Besoldungsgruppe nicht mehr besetzt werden.

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

3. **Begegnungsstätte im Wohnpark Süd "Mikado", Goerdelerstraße 70, 59557 Lippstadt**
hier: Änderung der Entgeltordnung ab dem 1. Juli 2004, insbesondere Anhebung der Entgelte für die Überlassung der Cafeteria und des Saales
Vorlage Nr. 345/2003

Unter Bezugnahme auf die Vorlage wurde vom Rat beschlossen:

"Die der Originalniederschrift beigefügte Neufassung der Entgeltordnung für die Begegnungsstätte 'Mikado', Goerdelerstraße 70, 59557 Lippstadt wird zugestimmt."

(Einstimmig zugestimmt)

4. **Zuschuss an den Städt. Musikverein Lippstadt e.V.;**
h i e r: Wirtschaftsplan für die Saison 2004/2005
Vorlage Nr. 95/2004

Unter Bezugnahme auf die Vorlage wurde vom Rat beschlossen:

"Unter dem Vorbehalt der entsprechenden Mittelbereitstellung in dem jeweiligen Haushaltsjahr wird dem Wirtschaftsplan des Städt. Musikvereins Lippstadt e.V. für die Saison 2004/2005 zugestimmt. Der darin ausgewiesene Zuschuss in Höhe von 127.274,-- € ist in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 anteilig mit jeweils 50 % bereitzustellen."

(Einstimmig zugestimmt)

**5. Antrag der INI e.V. auf Gewährung eines rückzahlbaren zinslosen Zuschusses zu den Umbau- und Modernisierungskosten der Gebäude Südstr. 18 und 20
Vorlage Nr. 90/2004**

Der Rat beschloss unter Bezugnahme auf die Vorlage:

Die Stadt Lippstadt gewährt der INI-Initiative für Jugendhilfe, Bildung & Arbeit e.V. im Rahmen der Jugendberufshilfe für benachteiligte und behinderte Jugendliche und junge Heranwachsende zu den Baukosten (Neubau) einer Metall- und Holzwerkstatthalle auf dem Grundstück Südstr. 18/20 ein zinsloses Darlehen in Höhe von bis zu 125.000 €

Der Neubau der Werkstatthalle ist Teil der gesamten Umbau- und Modernisierungsmaßnahme der Gebäude Südstraße 18 und 20.

Das Darlehen in Höhe von bis zu 125.000 € wird unter dem Vorbehalt gewährt, dass sich nach Abrechnung der Maßnahme ein Finanzierungsdefizit bezogen auf die Baukosten der Metall- und Holzwerkstatt mindestens in Höhe des Darlehensbetrages ergibt.

Das Darlehen ist, beginnend mit dem Jahr nach der Auszahlung des Darlehens, jeweils jährlich mit zehn vom Hundert der Darlehenssumme zu tilgen. Weiteres regelt ein noch abzuschließender Darlehensvertrag.

Die Auszahlung des Darlehens erfolgt frühestens im Jahr 2005.

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

**6. Kultur und Werbung Lippstadt GmbH;
hier: Jahresrechnung 2002/2003
Vorlage Nr. 93/2004**

Nach einem Wortbeitrag von Frau Jasperneite-Bröckelmann wurde durch den Rat Bezug nehmend auf die Vorlage beschlossen:

"Der Vertreter der Stadt Lippstadt in der Gesellschafterversammlung der Kultur und Werbung Lippstadt GmbH wird angewiesen, folgende Erklärungen abzugeben:

1. Der Jahresabschluss 2003 wird per 30.06.2003 festgestellt
 - in der Bilanz in Aktiva und Passiva in Höhe von 149.957,58 €
 - in der Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 531.858,90 €
2. Der Jahresfehlbetrag 2003 in Höhe von 531.858,90 € wird durch Verrechnung mit der Kapitalrücklage für Verlustausgleich, die einen Stand von 582.360,50 € aufweist, vollständig ausgeglichen.
3. Für die Durchführung des Internationalen Hansetages 2007 wird durch Verrechnung mit der Kapitalrücklage für Verlustausgleich eine Kapitalrücklage in Höhe von 25.000,00 € gebildet.

4. Der verbleibende Bestand in der Kapitalrücklage für Verlustausgleich in Höhe von 25.501,60 € ist mit künftigen Vorausleistungen der Gesellschafterin zur Verlustabdeckung zu verrechnen.
5. Dem Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2002/2003 Entlastung erteilt."

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt)

**7. Umbau der Kanuslalomstrecke an der Burgmühle
Vorlage Nr. 122/2004**

Nach einigen Ausführungen der Herren Marche und Schwade beschloss der Rat unter Bezugnahme auf die Vorlage:

Vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung wird dem Vorhaben zum Umbau des Wehrkomplexes an der Stiftsmühle einschließlich der Umgestaltung der Kanuslalomstrecke zugestimmt.

Auf der Grundlage des vorgestellten Vorentwurfes sind die weiterführenden Planungen durchzuführen.

(Einstimmig zugestimmt)

**8. Bildung des Wahlausschusses für die Wahl eines Ausländerbeirates 2004
Vorlage Nr. 50/2004**

Herr Börskens schlug vor, den Wahlausschuss mit 8 Beisitzern zu besetzen, wobei dann seitens der CDU 2, seitens der SPD 3 und seitens der verbleibenden Fraktionen je 1 Vertreter benannt werden solle. Dieser Vorschlag wurde begrüßt. Als Beisitzer wurden von den einzelnen Fraktionen für eine einheitlich Liste benannt:

Friedrich-Wilhelm Hülsemann
Hannelore Bartmann-Salmen
Wilhelm Gösling
Manuel Rodriguez Cameselle
Karl-Heinz Brülle
Dr. Forusan Madjlessi
Gisala Pollok
Theodor Kremer

Ans Vertreter wurden benannt:

Siegfried Pfenniger
Hartmut Brülle
Werner Timmermann
Martin Schulz
Udo Strathaus
Wilhelm Glarmin
Michael Bruns
Hans-Dieter Marche

Der Rat beschloss unter Bezugnahme auf die Vorlage:

a) Der Wahlausschuss für die Wahl eines Ausländerbeirates 2004 besteht aus dem Vorsitzenden und 8 Beisitzern.

b) In den Ausschuss werden als Beisitzer gewählt:

1. Friedrich-Wilhelm Hülsemann
2. Hannelore Bartmann-Salmen
3. Wilhelm Gösling
4. Manuel Rodriguez Cameselle
5. Karl-Heinz Brülle
6. Dr. Forusan Madjlessi
7. Gisala Pollok
8. Theodor Kremer

c) Als stellv. Beisitzer werden in den Ausschuss gewählt:

1. Siegfried Pfenniger
2. Hartmut Brülle
3. Werner Timmermann
4. Martin Schulz
5. Udo Strathaus
6. Wilhelm Glarmin
7. Michael Bruns
8. Hans-Dieter Marche

(Einstimmig zugestimmt)

9. Fragen der Ratsmitglieder / Berichte der Verwaltung

9.a Anfrage der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema: Autorennen in der Innenstadt"

Herr Lücke informierte die Ratsmitglieder über den Inhalt der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (s. Anlage) und führte dazu aus, dass aufgrund eines Leserbriefes in der Zeitung "Der Patriot", in dem Klage über lautstarke und gefährliche Autorennen in der Innenstadt geführt wurde, eine besondere Aktion der angesprochenen Jugendlichen geplant worden sei. So sei per per Internet zu einer "Ehrenrunde" zugunsten des Leserbriefschreibers aufgefordert worden. Diese sollte am 23.04.2004 stattfinden, wobei als Treffpunkt der Parkplatz am Alberssee vereinbart wurde.

Der Aufruf führte schließlich zu einer groß angelegten Überprüfungsaktion durch die Polizei, bei der insgesamt 87 Verstöße festgestellt und insgesamt 5 Anzeigen ausgesprochen wurden. Über diese Überprüfung wurde ebenfalls in der Zeitung "Der Patriot" berichtet. Dabei sei anzumerken, dass die Polizei bei ihren Maßnahmen nicht nur auf die Ahndung der vielfältigen Verstöße, sondern auch auf Gespräche setze.

9.b Anfrage der BG-Ratsfraktion zum Lehrschwimmbecken in Dedinghausen

Nachdem Herr Horstmann die Ratsmitglieder über die Anfrage der BG-Fraktion (s. Anlage) informiert hatte, ging er auf die einzelnen Fragen ein und führte dazu aus, dass für die Unterhaltung des Lehrschwimmbeckens der Fachdienst Gebäudewirt-

schaft zuständig sei. Da in vielen Bereichen jedoch spezielles Wissen gefragt sei, bestehe seit längerem ein Wartungsvertrag mit einer Fachfirma. In Zusammenarbeit mit dieser Fachfirma sei das Lehrschwimmbecken geprüft und die vorhandenen Mängel aufgelistet worden. Dabei handele es sich nicht allein um den Hubboden, sondern Sanierungs-, Reparatur- bzw. Erneuerungsmaßnahmen seien auch bei den Wasserleitungen, der Filteranlage, der Heizung, den Fenstern und der Fassade notwendig. Zusammen mit den notwendigen Arbeiten am Hubboden wurde für alle Sanierungsmaßnahmen eine Kostenschätzung in Höhe von 310.000 € abgegeben.

Da einerseits diverse technische und hygienische Mängel vorlagen und die Vorschriften des GUV zu beachten waren, andererseits eine Möglichkeit der Weiterführung des Schwimmbeckens gesucht wurde, habe in den Osterferien ein Ortstermin mit dem Ortsvorsteher Heiermeier sowie Vertretern der Firmen Kraemer und Schirmer stattgefunden. Durch die Unterstützung der beiden Firmen seien zwar verschiedene Probleme gelöst worden, es handele sich aber insgesamt nur um ein "Notprogramm". Entscheidend für eine langfristige Lösung sei die Einhaltung der einschlägigen Sicherheitsbestimmungen. Insoweit sei die grundsätzliche Problematik nicht gelöst.

Ein Hausverbot sei nicht erteilt worden. Hinsichtlich der zukünftigen Betriebsführung sei ein Übergang zur Stadtwerke Lippstadt GmbH diskutiert worden, da hier aufgrund der langjährigen Erfahrung mit dem Jakob-Koenen-Bad und dem Freibad am Jahnplatz bereits fundiertes Fachwissen zur Führung von Bädern vorhanden sei. Eine endgültige Entscheidung sei nicht getroffen worden.

Im Anschluss an die Ausführungen von Herrn Horstmann nahmen die Herren Marche, Schwade und Heiermeier Stellung zum Thema "Lehrschwimmbecken Dedinghausen".

gez. Schwade
Vorsitzender

gez. Rubart
Schriftführerin